

Fragestunde

884. Abgeordnete Ina Muhß (SPD-Fraktion)

Neugestaltete Züge für den Prignitz-Express zum Fahrplanwechsel

„Neugestaltete Züge für den Prignitz-Express zum Fahrplanwechsel“ lautete die Presseinformation des VBB Anfang November 2016 zum bevorstehenden Fahrplanwechsel und weiter stand im Text: „Der neugestaltete Prignitz-Express verfügt über erweiterte Stellmöglichkeiten für Rollstühle, Kinderwagen und Fahrräder.“

Ich frage die Landesregierung: Wie korrespondieren diese Informationen mit der Tatsache, dass am 9. Mai 2017 einer Berufspendlerin aus Wittstock, die auf Grund einer Behinderung auf ein dreirädriges Fahrrad angewiesen ist, auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle in Pritzwalk der Einstieg in den RE 6 mit diesem Dreirad vom Zugbegleiter verwehrt und eine zukünftige Mitnahme aus Platzproblemen in den neuen Zügen kategorisch ausgeschlossen wurde?

897. Abgeordnete Gordon Hoffmann (CDU-Fraktion)

Aufgaben im Mathematik-Abitur 2017

Der Sprecher des Landesschülerrats kritisiert öffentlich die Prüfungsaufgaben im Mathematik-Abitur 2017: Eine Aufgabe habe Kenntnisse vorausgesetzt, die zum Prüfungszeitpunkt noch nicht vermittelt worden seien (Anwendung einer besonderen Logarithmusfunktion). Das Bildungsministerium hat in der vergangenen Woche durch eine Abfrage an den Schulen den Umfang des Problems geprüft.

Ich frage die Landesregierung: Zu welchen Ergebnissen ist die Prüfung des Bildungsministeriums gekommen?

922. Abgeordnete René Wilke (Fraktion DIE LINKE)

Ergebnisse der regionalisierten Mai-Steuerschätzung

Vom 09.05.2017 bis 11.05.2017 fand die 151. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ in Bad Muskau statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für das laufende Jahr 2017 und die folgenden Jahre der Finanzplanung bis 2021. Die Prognose der Entwicklung der Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden bilden die Basis für die Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Kommunen.

Ich frage die Landesregierung: Wie stellen sich die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung für das Land Brandenburg dar?

887. Abgeordnete Sven Schröder (AfD-Fraktion)
Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Wald

Gemäß § 19 Absatz 2 Landeswaldgesetz ist der Waldbesitzer verpflichtet, zum Schutz des Waldes vorbeugend und bekämpfend tätig zu werden. Die Überwachung der Waldschutzsituation in den Wäldern aller Eigentumsformen obliegt gemäß § 32 Absatz 1 Nummer 7 Landeswaldgesetz der unteren Forstbehörde. Die untere Forstbehörde ermittelt in Zusammenarbeit mit dem Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde die Schadschwelle für den Befall durch die Kiefernbuschhornblattwespe, der eine Bekämpfung erforderlich macht. Im Jahr 2016 wurden die Waldbesitzer durch Schreiben der unteren Forstbehörde unter Androhung von Zwangsmaßnahmen darauf verpflichtet, nachweislich Bekämpfungsmaßnahmen durchzuführen.

Zur Bekämpfung der Kiefernbuschhornblattwespe ist nur das Mittel „Karate Forst flüssig“ für die Bekämpfung aus der Luft zugelassen. Der Einsatz dieses Mittels bedarf der Zustimmung durch die Naturschutzbehörde.

Im Jahr 2016 hat der Naturschutz aber auf 2 200 ha der betroffenen Wälder im Kreis Elbe-Elster der Bekämpfung der Wespe nicht zugestimmt. Damit kann die Wespe ungestört die Kiefern schädigen und sich vermehren. Wenn keine flächendeckende Bekämpfung erfolgen darf, wird sich die Wespe in den kiefernreichen Forsten im Süden Brandenburgs immer weiter ausbreiten.

In der Bauernzeitung vom 28.04.2017 wurde über den Protest der Waldbesitzerverbände Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen gegen Praktiken des Umweltbundesamtes in Dessau berichtet.

Nach Ansicht der Waldeigentümer verzögert und behindert diese Bundesbehörde den ökologisch sinnvollen und ökonomisch notwendigen Einsatz von zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Wald.

Ich frage die Landesregierung: Auf welchem Wege macht das Bundesumweltamt Vorgaben zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Wald, die zur Folge haben, dass in Brandenburger Wäldern in der Regel nur auf Anteilen bis zu 50 Prozent der durch Schädlinge befallenen Flächen, wie 2016 durch die Kiefernbuschhornblattwespe, Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürfen?

888. Abgeordnete Marie Luise von Halem (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Störerhaftung

Anfang April hat die Bundesregierung den Vorschlag für ein „Drittes Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes“ beschlossen und damit auch die sogenannte „Störerhaftung“ prinzipiell abgeschafft. Das heißt, wenn zukünftig WLAN-Nutzer über einen offenen Zugang illegal handeln, dann ist der Anbieter, also der, der den Zugang zum Internet ermöglicht, juristisch nicht mehr zu belangen. Die Störerhaftung hat in der Vergangenheit viele öffentliche Institutionen und die Privatwirtschaft davon abgehalten, ihren Internetzugang für Nutzerinnen und Nutzer frei zur Verfügung zu stellen. Sie war Teil des Problems unserer brandenburgischen Internetwüste.

Ich frage die Landesregierung: Was wird sie in die Wege leiten, um das Gesetz für einen verbesserten offenen und flächendeckenden Zugang zum Internet in Brandenburg nutzbar zu machen?

889. Abgeordnete Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
Zahlungsdruck auf Bürger durch nachträgliche Waldumwandlung

Aus der Gemeinde Borkwalde und weiteren Gemeinden wird berichtet, dass die Brandenburger Forstbehörden Baugrundstücke nachträglich zu Waldgebieten erklären und hierfür Anträge auf Waldumwandlung samt Zahlungen für Ersatzpflanzungen einfordern. Als Begründung werden selbst einzelne Pflanzen herangezogen, unabhängig davon, dass die Grundstücke im Innenbereich weder im Katasteramt noch in den Bebauungsplänen der Gemeinden als Wald ausgewiesen sind. Selbst in Wohngebieten, für die bereits im Rahmen der Ausweisung Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden wird den Bürgern mit Abriss ihrer Wohnhäuser oder Strafen von bis zu 100 000 Euro gedroht, wenn keine nachträgliche Waldumwandlung beantragt wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie gedenkt sie, das offensichtlich nur auf Einnahmegenerierung ausgerichtete Vorgehen der Forstbehörden zu stoppen und Planungs- und Rechtssicherheit für die Bürger zu schaffen?

890. Abgeordnete Inka Gossmann-Reetz (SPD-Fraktion)
Museale Neuausrichtung im Schloss Oranienburg

Im Schloss Oranienburg betreibt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg das Schlossmuseum. Auch das Kreismuseum des Landkreises Oberhavel ist im Schloss untergebracht. Bisher wurde nur ein Kombiticket für beide Museen angeboten. Laut einer Kreisvorlage (Vorlage Nr.: 00611/BV/2017) sollen in Zukunft neben dem Kombiticket auch Einzeltickets für beide Museen angeboten werden. Unabhängig davon hat der Landkreis im Zuge der Verhandlungen über die weitere Zusammenarbeit angekündigt, den Leihvertrag über das Gemälde „Die Allegorie auf die Gründung Oranienburgs“, welches bisher in den Räumen des Schlossmuseums ausgestellt wird, zu kündigen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Warum hält es die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten für sinnvoll, zukünftig Einzeltickets für das Schlossmuseum anzubieten?

885. Abgeordnete Sven Petke (CDU-Fraktion)
Funktionalreform II

Das Ministerium des Innern und für Kommunales hat bereits einen Referentenentwurf zur Funktionalreform I veröffentlicht und angekündigt, den zu übertragenden Aufgabenumfang weiter zu kürzen. Im Zusammenhang mit der Funktionalreform I steht die Aufgabenübertragung auf die Städte, Gemeinden und Ämter durch die Funktionalreform II. Hierzu gibt es bisher keine eindeutigen Aussagen der Landesregierung.

Ich frage die Landesregierung: Wann wird sie dem Landtag die Vorschläge zur Funktionalreform II vorlegen?

892. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)
Förderung der Lehre

Zu Beginn des Monats forderte der Wissenschaftsrat die Etablierung einer eigenständigen Förderstruktur zwischen Bund und Ländern nach Auslaufen des Qualitätspakts Lehre. Analog zur „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ sprach sich unter anderem die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft in der Vergangenheit bereits wiederholt für die Einrichtung einer Deutschen Lehrgemeinschaft aus. Ziel ist es, bei beiden Vorschlägen die Lehre stärker in den Fokus hochschulpolitischer Bestrebungen zu rücken, ihre Sichtbarkeit und ihre Unterstützung zu verbessern.

Ich frage die Landesregierung daher: Wie positioniert sie sich zu den von der GEW und dem Wissenschaftsrat vorgebrachten Vorschlägen?

893. Abgeordnete Thomas Jung (AfD-Fraktion)
Landesmittel für die Unterbringung der muslimischen Gemeinde in Potsdam

Die Stadt Potsdam soll laut Presseberichten 30 000 Euro aus Landesmitteln für die Unterbringung der muslimischen Gemeinde bekommen, obwohl sie eigene Gebetsräume hat, die sie nicht voll ausnutzt.

Ich frage die Landesregierung: Wie rechtfertigt sie die Bereitstellung der Mittel vor dem Hintergrund des desintegrativen Charakters der Gemeinde?

894. Abgeordnete Britta Müller (SPD-Fraktion)
Rückholquoten für Unterhaltsvorschuss erhöhen

Nach der Neuregelung des Unterhaltsvorschussgesetzes kann der Vorschuss ab dem 01.07.2017 bis 18 Jahre und ohne sechsjährige Begrenzung ausgeweitet werden. Das ist ein gutes Zeichen für Alleinerziehende, aber auch ein Signal an den Finanzminister. Auch wenn der Bund seinen Finanzierungsanteil von 33,5 auf 40 Prozent erhöhen wird, rechnen die Länder und die Kommunen mit hohen Mehrkosten. Das Vorschussgeld, das sich die Kommunen von den Unterhaltspflichtigen wieder zurückholen können, müssen die Länder derzeit zu einem Drittel an den Bund abführen. Es wird allerdings noch diskutiert, ob der Bund auf diese Einnahmen zugunsten der Länder verzichtet. Die Rückholquote des Vorschusses liegt in Brandenburg derzeit nur bei 20 Prozent und schwankt zudem regional stark. Es stellt sich die Frage, welche Maßnahmen zu einer stärkeren Anpassung und Erhöhung der Rückholquote ergriffen werden können. In Bayern ist die Zuständigkeit für die Inanspruchnahme Unterhaltspflichtiger beim Landesamt für Finanzen zentralisiert. Bayern hat eine durchschnittliche Rückholquote von 36 Prozent. Das ist nicht nur von Interesse für die Landesfinanzen, sondern es hat eine hohe familienpolitische Bedeutung, auch in Hinblick auf die Akzeptanz dieser Regelungen. Sie drückt den Stellenwert aus, der politisch und gesellschaftlich der finanziellen Verantwortung für die eigenen Kinder beigemessen wird.

Ich frage die Landesregierung: Sollte ein solches Verfahren, um die Unterhaltsvorschussstellen der Jugendämter in Brandenburg zu entlasten und die Rückholquote zu erhöhen, nicht auch in Brandenburg eingesetzt werden?

895. Abgeordnete Gordon Hoffmann (CDU-Fraktion)
Lehrerausstattung an der Talsand-Gesamtschule in Schwedt/Oder

Die Elternvertreter der Talsand-Gesamtschule in Schwedt/Oder klagen über den hohen Unterrichtsausfall. Im Gespräch mit den Elternvertretern stellte sich heraus, dass eine Lehrkraft in Französisch sowie eine weitere Lehrkraft in Mathematik fehlen. Besonders ärgerlich ist, dass an der Schule offenbar ein fähiger und beliebter Seiteneinsteiger zwischenzeitlich die Stelle des Französisch-Lehrers besetzte. Weil das Schulamt ihm aber keine langfristige Perspektive bieten konnte, habe er zum Bedauern der Schule zu Beginn des neuen Halbjahres in ein anderes Bundesland gewechselt.

Ich frage die Landesregierung: Wann weist das Schulamt der Schule genügend Lehrkräfte zu, damit der Unterricht nach der Stundentafel vollständig abgesichert werden kann?

896. Abgeordnete Udo Folgart (SPD-Fraktion)
Förderung einer neuen Erschließungsstraße für das geplante Gewerbegebiet Markau-Süd

Die Ansiedlung des Hermes Logistikzentrums in Etzin (Stadt Ketzin) und das durch die Firma Mosolf geplante Gewerbegebiet Markau-Süd (Stadt Nauen) werden zur erheblichen Zunahme des Straßenverkehrs in diesem Bereich und zur Verschärfung des erhöhten Durchgangsverkehrs in der Ortslage Wernitz (Gemeinde Wustermark) führen. Diese verkehrstechnischen Auswirkungen für die Region sind unstrittig und die Bedenken der dort lebenden Bevölkerung nachvollziehbar. Betroffen sind die Landesstraßen L 86 und L 863 zwischen der B 5 wie auch die L 862. Der Landkreis Havelland hat eine verkehrstechnische Untersuchung für die straßenseitige Erschließung beauftragt, um einen Weg zur Lösung der verkehrlichen Probleme im Interesse der dort lebenden Menschen zu finden. Er wird in einer „Entlastungsstraße“ zur B 5, das heißt mit dem Neubau einer Erschließungsstraße des geplanten Gewerbegebiets Markau-Süd gesehen. Es soll eine Zusage des Investors zur Beteiligung an den verbleibenden Kosten geben. Nur so könnte die dargestellte Gesamtverkehrsproblematik, auch unter Berücksichtigung aller bisher diesbezüglich getroffenen Aussagen des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, zufriedenstellend im Interesse der betroffenen Bevölkerung und einer störungsfreien Verkehrsführung gelöst werden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten der Förderung mit Mitteln aus dem Wirtschaftsministerium bestehen, um hier auf diesem Wege die schwierige verkehrliche Situation zu lösen?

898. Abgeordnete Anita Tack (Fraktion DIE LINKE)
Förderung von Wohnungsneubau im Land Brandenburg

Rückwirkend zum 01.01.2017 sind veränderte und verbesserte Bedingungen zur Förderung von Wohnungsneubau in Brandenburg durch die Förderrichtlinie zur Förderung des Mietwohnungsneubaus in Kraft getreten. Diese sind insbesondere für die Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum für Mieterinnen und Mieter mit kleinem Budgets von Bedeutung.

Ich frage die Landesregierung: Wie wurde bislang vonseiten der Kommunen auf dieses Förderangebot reagiert?

899. Abgeordnete Birgit Bessin (AfD-Fraktion)
Finanzierung der Landeskoordinierungsstelle für „LesBiSchwule & Trans* Belange des Landes Brandenburg“

Die Landeskoordinierungsstelle für „LesBiSchwule & Trans* Belange des Landes Brandenburg“ wird aus Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg sowie Spenden finanziert.

Ich frage die Landesregierung: Wie hoch ist der Betrag, mit dem das zuständige Ministerium die oben genannte Einrichtung seit Gründung jährlich finanziert?

900. Abgeordnete Helmut Barthel (SPD-Fraktion)
Potsdams ist eins von sieben neuen Digital Hubs des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Das Silicon Valley gilt als Musterbeispiel eines erfolgreichen Digital Hub. Es bringt Gründer, Start-ups, große Technologieunternehmen und exzellente Wissenschaft räumlich zusammen. Das schafft Synergien und ermöglicht gemeinsame digitale Innovation. Diesem Ansatz folgte nun auch das Bundeswirtschaftsministerium mit seiner Digital Hub-Initiative. Potsdam wurde nun vom Bundeswirtschaftsministerium als eines der sieben neuen Digital Hubs in Deutschland ausgewählt. Dabei setzte sich Potsdam mit seinem Themenschwerpunkt Medientechnologie gegen zahlreiche hochqualifizierte Mitbewerber durch.

Ich frage die Landesregierung: Welche Impulse sind durch die Auswahl Potsdams als Digital Hub des Bundes konkret für die Stadt Potsdam und für die Wirtschaft im Land Brandenburg zu erwarten?

901. Abgeordnete Bettina Fortunato (Fraktion DIE LINKE)
Zukunft der Clearingstellen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Am 1. November 2015 wurde eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Seelow in Märkisch-Oderland eröffnet. Träger ist das Diakonische Werk Oderland-Spree e. V., welches sich um die ankommenden unbegleiteten Kinder und Jugendlichen küm-

mert. Sie durchleben hier eine etwa dreimonatige Clearingphase und werden wirklich vorbildlich betreut.

Geregelt ist das Verfahren zur Verteilung der minderjährigen Flüchtlinge im Brandenburgischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes, das im Dezember 2015 geändert wurde. Demnach sind die 18 Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte für die ihnen zugewiesenen jungen Flüchtlinge zuständig, die im Rahmen des Kinder- und Jugendhilferechts betreut werden.

Mit den rückläufigen Flüchtlingszahlen kommen auch deutlich weniger unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland und in Brandenburg an. In Seelow sind zum Beispiel derzeit 15 von 27 Plätzen belegt. Träger und Mitarbeiter von Clearingstellen sorgen sich jetzt um die Zukunft der Einrichtungen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Pläne hat sie für die bestehenden Brandenburger Clearingstellen?

902. Abgeordnete Wolfgang Roick (SPD-Fraktion)

Umweltministerkonferenz

Das Land Brandenburg war vom 3. bis 5. Mai 2017 Gastgeber der 88. Umweltministerkonferenz in Bad Saarow. Zu wichtigen Zukunftsthemen wurden einstimmige Beschlüsse gefasst. Dazu gehört das Thema „Energieeffizienz und Umweltpolitik“. Der Tagesordnungspunkt wurde von Brandenburg und dem Saarland initiiert.

Ich frage daher die Landesregierung: Was sind die Kernpunkte des Beschlusses?

903. Abgeordnete Axel Vogel (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stummer Frühling - dramatischer Vogelrückgang in der Agrarlandschaft

Wie eine Antwort auf die aktuelle Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergeben hat (Drucksache 18/12195), geht die Zahl der Brutvögel in Deutschland und Europa dramatisch zurück. Vor allem Vogelarten der Agrarlandschaft sind zunehmend bedroht. Die Anzahl der Brutpaare hat sich hier innerhalb von 30 Jahren mehr als halbiert. Betroffen sind Arten wie das Rebhuhn, der Kiebitz, das Braunkehlchen oder die Feldlerche. Als Ursachen werden fehlende geeignete Lebensräume und das Insektensterben genannt. Der massive Einsatz von Unkraut- und Insektengiften trage maßgeblich hierzu bei.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erkenntnisse liegen ihr zum Rückgang der Vogelpopulationen in Brandenburg vor?

904. Abgeordnete Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)

Hoffnung für die Arendseebahn?

In einer Pressemitteilung hat sich der Deutsche Bahnkunden-Verband e. V. (DBV) optimistisch zu einer möglichen Wiedereröffnung der Eisenbahnstrecke Wittenberge-Salzwedel-Klötze geäußert. So wurde unter anderem mitgeteilt, dass der DBV-Regionalverband ge-

meinsam mit der Deutschen Regionaleisenbahn GmbH (DRE) nunmehr intensive Gespräche zur offiziellen Unterstützung des Altmarkprojektes mit dem zuständigen Minister und mit dem Landrat in Sachsen-Anhalt führen wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Zielstellung der Wiedereröffnung der Eisenbahnstrecke Wittenberge-Salzwedel-Klötze in Bezug auf den aktuellen Gesprächsstand und die Realisierung des Vorhabens?

905. Abgeordnete Steffen Königer (AfD-Fraktion)
Herausforderung Lehrgewinnung

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, regte in einem Interview am 18. Mai 2016 an, „... Personen, die vor der Pensionierung stehen, zu bewegen, länger zu machen. Machen auch viele.“

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Lehrkräfte konnte sie bewegen, länger im Schuldienst zu bleiben?

906. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)
Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat der Weiterentwicklung des erstmals 2005 veröffentlichten „Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse“ (HQR) zugestimmt, der zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) erarbeitet wurde. Der HQR ist integraler Bestandteil des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) und entspricht dessen Niveaustufen 6, 7 und 8. Die Weiterentwicklung war von der HRK initiiert und vorbereitet worden, weil sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Zuordnung von beruflichen Qualifikationen zum bereichsübergreifenden DQR gezeigt hat, dass der HQR von 2005 die Spezifika der Hochschulbildung nicht deutlich genug abbildete. Die Verabschiedung in der Kultusministerkonferenz erfolgte in Abstimmung mit dem BMBF.

Der DQR diene nach Darstellung der HRK der besseren nationalen und internationalen Vergleichbarkeit der angebotenen Studien- und Ausbildungsgänge. Der HQR biete Informationen für Studieninteressierte und Arbeitgeber, unterstütze die Evaluation und Akkreditierung und erleichtere die Curriculumentwicklung. Er beschreibe in allgemeiner Form, was Absolventinnen und Absolventen auf der Ebene des Bachelors, des Masters oder der Promotion wissen, verstehen und können sollten. Qualifikationsrahmen sind lernergebnisorientiert und beschreiben die Kompetenzen, die mit einer Qualifikation auf einem bestimmten Niveau erworben wurden. Hilfreich für die Gestaltung von Studiengängen wäre die Formulierung von fachspezifischen „Übersetzungen“ des HQR in sogenannte Fachqualifikationsrahmen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Konsequenzen ergeben sich für sie und die Hochschulen aus der beschlossenen Weiterentwicklung der HRQ?

907. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Braunkohle bis 2050 und darüber hinaus?

Bei einem Vor-Ort Besuch in Welzow (Landkreis Spree-Neiße) erklärte Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke (SPD): „In 30 bis 40 Jahren werden wir immer noch Arbeitsplätze im Bergbau und der Energiewirtschaft haben.“ (vgl. Lausitzer Rundschau 22. April 2017 „Anschluss zur B 169 verlangt“) Die Verstromung von Braunkohle nach 2050 und darüber hinaus kann es jedoch nicht geben, wenn die Landesregierung die Klimaziele einhalten will. Zudem gab die LEAG in ihrem sogenannten „Revierkonzept“ bekannt, dass sie den Tagebau Jänschwalde-Nord nicht aufschließen wird. Wenn es in 40 Jahren noch Kohleabbau in der Lausitz geben soll, bleibt nur der Aufschluss des neuen Tagebaus Welzow Süd II. Eine Aussage hierzu von der LEAG jedoch auf das Jahr 2020 vertagt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erkenntnisse liegen der Aussage des Ministerpräsidenten zugrunde, dass es bis weit nach 2050 noch Arbeitsplätze im Bergbau und der Energiewirtschaft geben wird?

908. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)
Honorarprofessuren in Brandenburg

Nur zehn Prozent der Honorarprofessuren in Deutschland gehen an Frauen. Laut Statistischem Bundesamt gibt es insgesamt 1 714 Ehrentitel, davon entfallen 179 auf Frauen. Besonders wenige Honorarprofessorinnen gibt es in Bayern und Baden-Württemberg, wo nur jeder 20. Ehrentitel an eine Frau verliehen wird. Diese Werte liegen noch deutlich unter der Zahl der hauptamtlichen Professuren, die je nach Hochschule zwischen 20 und 40 Prozent auf Frauen entfallen. Dies sind Ergebnisse einer Rechercheoperation von der Wochenzeitung „Die Zeit“ und dem Bayerischen Rundfunk (BR). Honorarprofessuren sollen die regulären Professorinnen und Professoren in der Lehre unterstützen; der Titel wird etwa Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälten, Unternehmerinnen/Unternehmern, Politikerinnen/Politikern oder Künstlerinnen/Künstlern verliehen, um Berufspraxis in die Hochschulen zu tragen. Einheitliche Kriterien, wer den Titel verdient, gibt es nicht.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Honorarprofessuren mit welchem Frauenanteil haben die Hochschulen in Brandenburg vergeben?

909. Abgeordnete Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion)
Erreichbarkeitsmonitoring des Landesamtes für Bauen und Verkehr für den ÖPNV

Das Landesamt für Bauen und Verkehr hat in seinem aktuellen Erreichbarkeitsmonitoring darauf hingewiesen, dass 95,7 Prozent der Bevölkerung in den Mittelbereichen mit dem Pkw einen zentralen Ort in maximal 30 Minuten erreichen.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es Überlegungen, ein Erreichbarkeitsmonitoring analog zum Pkw mit dem ÖPNV durchzuführen?

910. Abgeordnete Ursula Nonnemacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Monitoring-Bericht der ILB zu landesgeförderten Integrationskursen

Integrations- und Sprachkurse sind ein wichtiger Baustein für die Teilhabechancen geflüchteter Menschen und eine gelingende Integration. Nur mit guter Sprachkompetenz ist das Ankommen im Land möglich. Die Öffnung der Integrationskurse mit Landesmitteln für Flüchtlingsgruppen, die nicht an den durch das BAMF geförderten Kursen teilnehmen dürfen, war daher ein richtiger Schritt der Landesregierung. Es wurde vor Ort über die höchst unterschiedliche Qualität der Integrationskurse geklagt. Die Veröffentlichung eines Monitoring-Berichts der Kurse durch die ILB war zu Ende März angekündigt.

Ich frage die Landesregierung: Zu welchen Erkenntnissen kommt der ILB-Bericht insbesondere zur Frage der Qualitätsstandards?

911. Abgeordnete Christina Schade (AfD-Fraktion)
Evaluation der Energiestrategie 2030

Die Evaluation der Energiestrategie 2030 ist für das 2. Quartal angekündigt worden.

Ich frage die Landesregierung: Wann ist mit ihr zu rechnen?

912. Abgeordnete Ursula Nonnemacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sammelabschiebung nach Afghanistan 24.04.2017

Die Bundesregierung hält trotz des Anschlags der Taliban in Masar-i-Scharif am 22.04.2017, bei dem mehr als 140 Soldaten getötet und Hunderte verletzt wurden, an den Sammelabschiebungen nach Afghanistan fest. Der letzte Flug ging am 24.04.2017, mit 14 abgeschobenen Personen an Bord.

Ich frage die Landesregierung: Wenn sich unter den am 24.04.2017 abgeschobenen Menschen auch Personen aus Brandenburg befanden, aus welchen Landkreisen oder kreisfreien Städten kamen diese dann?

913. Abgeordnete Dr. Rainer van Raemdonck (AfD-Fraktion)
Fehlende Kontrolle bei Deutschkursen für Flüchtlinge

In einem Prüfbericht kritisiert der Bundesrechnungshof, dass Deutschkurse für Flüchtlinge, die von der Bundesarbeitsagentur angeboten werden, in der Vergangenheit geprägt gewesen seien von schwindenden Teilnehmerzahlen und mangelnden Erfolgskontrollen.

Diese Kurse werden derzeit auch in Brandenburg angeboten. Nach Aussage der Vorsitzenden des Brandenburger Volkshochschulverbandes habe es auch in Brandenburg anfangs Teilnehmer gegeben, die irgendwann nicht mehr erschienen seien. Obwohl es inzwischen gute Kontrollmechanismen gebe, könne vom Land kein Überblick gegeben werden, wie viele Flüchtlinge die Deutschkurse besuchen und dann ohne Abschluss wieder abbrechen würden.

Das Land hat über die von der Bundesarbeitsagentur angebotenen Kurse hinaus ein eigenes Deutschkursprogramm aufgelegt, wofür die Landesregierung bis zum Ende des Jahres 2017 7,3 Millionen Euro aus EU-Mitteln bereitstellt.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird sichergestellt, dass die eigenen Deutschkurse des Landes Brandenburg tatsächlich von einer ausreichenden Anzahl von Flüchtlingen besucht und erfolgreich abgeschlossen werden, sodass es nicht zu einer Verschwendung von öffentlichen Mitteln wie auf Bundesebene kommt?